

**Editorial**

**An die Mitglieder des Bundesrats**

Die Regierungsreform bleibt eine Baustelle. Man spricht über die Funktion des Bundespräsidenten, über ein Departement für die Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und über eine Neugruppierung von Bundesämtern. Sogar der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat (SWTR) - vom Bundesrat gewählt, um ihn zu beraten - fordert den Bundesrat auf, zu handeln. Parteien, Akteure aus Bildung und Forschung sowie Kantone sind sich einig. Der Ball liegt jetzt im Feld des Bundesrates.

Gemäss SWTR ist es Zeit, die Strukturen anzupassen. Es braucht Bedingungen für eine flexible Führung der Hochschulen, die sich der Beschleunigung des Wissens, der Mobilität der Studierenden, der internationalen Konkurrenz und dem Wissenstransfer zwischen Bildung, Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft anpassen: Wo Individualismus und Föderalismus dominieren, müssen die Mittel zusammengelegt werden. Wo Akteure und Entscheidungsträger vielfältig sind, braucht es Kohärenz.

Die Organisation des Bundesrates stammt aus dem Jahr 1848. Das Fundament der Schweizer Hochschullandschaft von 1968. Jetzt, wo die Politik zwei wichtige Gesetze über die Koordination zwischen den Hochschulen und über die Forschung und Innovation diskutiert, muss der Bundesrat Leadership beweisen. Mit einem Minister unter den sieben «Weisen und Visionären», der für die nationale Priorität verantwortlich ist, welche die Zukunft von Millionen von Schweizern tangiert.

**Claude Comina,**  
Kordinator des Netzwerks FUTURE

**Mehrwertsteuer-Einheitssatz**

**Minus 230 Millionen für die Bildung**

**Der vom Bundesrat geplante Mehrwertsteuer-Einheitssatz von 6,2 Prozent führt bei den Schweizer Bildungs- und Forschungsinstitutionen zu einer Mehrbelastung von jährlich rund 230 Millionen Franken. Der administrative Aufwand der Hochschulen verringert sich hingegen kaum.**

Die Vorlage des Bundesrates zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer (Teil B) will die bisher geltenden drei Mehrwertsteuersätze von 7,6 Prozent, 2,4 Prozent und 3,6 Prozent durch einen einheitlichen Steuersatz von 6,2 Prozent ersetzen. Ausserdem sollen 21 der 29 Steuerausnahmen aufgehoben werden. Damit unterständen Bildungsleistungen neu der Mehrwertsteuer.

Am 31. August 2010 hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) die Vorlage erstmals beraten. Sie schlägt dem Nationalrat vor, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen und fordert unter anderem, die Bildung in den Ausnahmekatalog aufzunehmen. Die Akteure der Schweizer Bildungslandschaft begrüssen diesen Vorschlag.

**Wettbewerbsnachteile**

Wenn die Bildungsleistungen wie vom Bundesrat vorgesehen mehrwertsteuerpflichtig werden, müssen die Schweizer Hochschulen und Forschungsinstitutionen gemäss Berechnungen der Rektorenkonferenzen der Universitäten, der Fachhochschulen und der Pädagogischen Hochschulen (Crus, KFH und Cohep) vom Jahr 2007 mit jährlichen Mehrkosten von 230 Millionen Franken rechnen. Die effektive Mehrbelastung dürfte noch höher liegen, da die Kapazitäten seit dieser Hochrechnung ausgeweitet wurden und die Berechnung nicht sämtliche Bildungsorganisationen

einschliesst. Darüber hinaus könnten den Schweizer Bildungsinstitutionen im internationalen Wettbewerb Nachteile erwachsen, da die meisten EU-Staaten Bildungsleistungen nicht der Mehrwertsteuer unterstellen.

---

**Die heute bestehenden Regelungen über die Leistungsverrechnung zwischen Bildungsinstitutionen müssen beibehalten werden.**

---

**Keine administrative Entlastung**

Die Abgrenzung zwischen den unterschiedlichen Steuersätzen stellt in den Hochschulen schon heute kein massgebendes Problem dar. Weil ihre steuerbaren Leistungen zudem grösstenteils dem Normalsatz unterliegen, würde der Einheitssatz die Hochschulen administrativ nur geringfügig entlasten. Das Hauptziel der Vorlage des Bundesrates, die Mehrwertsteuer zu vereinfachen, ist für die Hochschulen damit nicht erfüllt.

Die Vorlage löst heute bestehende Schwierigkeiten nicht: Die Abgrenzung zwischen steuerbaren und nicht-steuerbaren Beiträgen bleibt auch künftig kompliziert und zeitaufwändig. Zudem benachteiligt die Vorlage jene Hochschulen, deren Trägerschaft aus mehreren Kantonen (etwa in Form eines Konkordats) und damit aus verschiedenen Gemeinwesen besteht. Diese Hochschulen müssen Leistungen, die ihre Teilschulen untereinander oder gegenüber dem Trägerkanton erbringen, neu versteuern. Hochschulen, die nur von einem Gemeinwesen, zum Beispiel einem Kanton, getragen sind, bleiben hingegen von der Mehrwertsteuer befreit.

Fortsetzung von Seite 1

Die Hochschulen verfügen mit dem bestehenden Mehrwertsteuergesetz vom 12. Juni 2009 sowie der geltenden Verordnung vom 27. November 2009 über eine praxistaugliche Grundlage, um ihre Mehrwertsteuergeschäfte effizient und korrekt abzuwickeln. Die heute bestehenden Regelungen über die Leistungsverrechnung zwischen Bildungs- und Forschungseinrichtungen müssen daher beibehalten werden. Zudem sollen Bildungsleistungen auch nach der Reform von der Mehrwertsteuer ausgenommen sein.

Medienmitteilung der WAK-N:  
[www.parlament.ch/d/mm/2010/Seiten/mm-wak-n-2010-08-31.aspx](http://www.parlament.ch/d/mm/2010/Seiten/mm-wak-n-2010-08-31.aspx)

#### Impressum

Münstergasse 64/66  
 3011 Bern  
 Tel. 031 351 88 46  
 Fax 031 351 88 47  
[www.netzwerk-future.ch](http://www.netzwerk-future.ch)

© Netzwerk FUTURE 2010

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.



#### Positiver Return on Investment von 160 Prozent aus FP7

Die Schweiz könnte aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU (FP7) einen noch grösseren finanziellen Rückfluss als aus FP6 erzielen. Darauf deuten die Fördermittel hin, welche sie in den ersten drei Jahren (2007-2009) aus FP7 akquirieren konnte: Die Schweiz erhielt bisher 562 Millionen Franken, was 4 Prozent der gewährten Beiträge entspricht. Vergleicht man dies mit den investierten Mitteln von 2,5 Prozent des FP7-Budgets, erzielt die Schweiz einen positiven Return on Investment von 160 Prozent. Dies geht aus einer Zwischenbilanz des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) zur Schweizer Beteiligung an FP7 hervor.

[www.sbf.admin.ch](http://www.sbf.admin.ch) → Dokumentation → Publikationen

#### Schweizer Hochschulen in Shanghai Ranking 2010 exzellent

Die Schweizer Hochschulen liegen beim Shanghai Ranking 2010 wie schon 2009 auf hervorragenden Plätzen. Die ETH Zürich belegt den 23. Rang und ist damit wie 2009 die beste kontinentaleuropäische Hochschule. Dahinter folgen die Universität Zürich (51.) und die Universität Basel (86.). Auch in den einzelnen Bereichen schneiden die Schweizer Hochschulen sehr gut ab: Im Bereich Naturwissenschaften und Mathematik belegt die ETH Zürich den 9. Platz, die ETH Lausanne (EPFL) ist im Bereich Engineering und IT die beste Hochschule in Kontinentaleuropa.

[www.arwu.org](http://www.arwu.org)

#### Forschungsförderungsgesetz: Botschaft im zweiten Quartal 2011

Der Bundesrat hat die Vernehmlassungsergebnisse zur Totalrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes (FIFG) zur Kenntnis genommen und das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) beauftragt, den Gesetzesentwurf in einzelnen Punkten anzupassen. Die Botschaft zum

FIFG wird der Bundesrat im zweiten Quartal 2011 publizieren.

#### Klara Sekanina wird KTI-Direktorin

Der Bundesrat hat Klara Sekanina zur Direktorin der Förderagentur für Innovation (KTI) ernannt. Die 44-Jährige ist zurzeit Mitglied des Stiftungsrates der Eidgenössischen Stiftung zur Förderung schweizerischer Volkswirtschaft durch wissenschaftliche Forschung. Sie wird die Geschäftsstelle der KTI ab Anfang 2011 leiten.

#### Klarer Anstieg der Studierendenzahlen

Im Herbst 2010 dürfte die Zahl der Studierenden an den Schweizer Hochschulen um 8'000 bis 10'000 auf rund 206'000 Studierende steigen. Dies entspricht einem Wachstum von 4 bis 5 Prozent. Der Anstieg von jährlich 3 bis 4 Prozent dürfte bis mindestens 2013 anhalten. Dies zeigen Szenarien des Bundesamtes für Statistik (BFS).

[www.bfs.admin.ch](http://www.bfs.admin.ch) → Themen → Bildung → Szenarien für das Bildungssystem

#### Allianz für Finanzierungssicherheit der Hochschulen

Eine Allianz aus kantonalen und nationalen Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitikern fordert in verschiedenen Vorstössen (10.3495, 10.3521, 10.3537) im National- und Ständerat, den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) künftig von linearen Budgetkürzungen auszunehmen. Zudem seien die BFI-Botschaften 2012 und 2013–2016 so zu gestalten, dass die Mittel verlässlich ausbezahlt werden. Auf diese Weise soll künftig eine Go and Stop-Politik im BFI-Bereich verhindert werden.

#### Korrigendum

In den FUTURE News Nr. 32 vom Mai 2010 berichteten wir von den Kosten der Hochschulen im Jahr 2008. Den Aufwand der Fachhochschulen bezifferten wir fälschlicherweise auf 3,4 Milliarden Franken. Er beläuft sich nur auf 2,4 Milliarden.  
 (Quelle: Bundesamt für Statistik)

**news**

Bildung und Forschung

**Keine Spitzenposition für die Schweiz ohne Investitionen**

**Zusätzliche und nachhaltige Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation (BFI) sind die Voraussetzung, damit die Schweiz ihre Spitzenposition in diesem Bereich halten kann.**

Dies ist die Schlussfolgerung eines parlamentarischen Seminars des Netzwerks FUTURE vom Juni 2010 zum Thema «Welche BFI-Politik für die Schweiz bis 2020?». Die anwesenden National- und Ständeräte hörten die Vorträge zweier Vertreter des akademischen Milieus Frankreichs und Deutschlands sowie der Verantwortlichen der fünf wichtigsten Schweizer Bildungs- und Forschungsinstitutionen (Universitäten, Fachhochschulen, ETH-Rat, Schweizerischer Nationalfonds, Akademien der Wissenschaften).

Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Ausland begriffen, dass es massive Investitionen in die Bildung und Forschung braucht, um im internationalen Konkurrenzkampf mithalten. Dank der Exzellenz der Schweizer Bildungs- und Forschungsinstitutionen liegt unser Land weltweit an der Spitze der Innovation und der Wettbewerbsfähigkeit. Um diese Position beneiden uns unsere Nachbarn und sie sind bereit, die notwendigen Mittel zu investieren, um zu uns aufzuschliessen:

- Frankreich hat von 2007 bis 2012 eine Mittelerhöhung von jährlich 10 Prozent beschlossen und wird zusätzlich 22 Milliarden Euro in die höhere Bildung und Forschung investieren.

- Deutschland hat die Bildung und Forschung von seinem Sparprogramm ausgenommen.

Diese Feststellungen bestätigen die Notwendigkeit einer stabilen und nachhaltigen Finanzierung, wie es verschiedene parlamentarische Vorstösse – eingereicht im Juni 2010 und unterstützt von Parlamentariern aller Couleur – fordern (siehe SMS Seite 2). Diese Parlamentarier wollen ihre Unterstützung für eine hochstehende und international konkurrenzfähige Bildung und Forschung in den kommenden Debatten zu den BFI-Botschaften 2012 und 2013–2016 fortsetzen.

**Josiane Aubert, Nationalrätin**  
Vizepräsidentin des Politikerteams FUTURE

Stipendien

**Studierendeninitiative oder Konkordat?**

Am 20. Juli 2010 hat der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) eine Volksinitiative zu den Stipendien lanciert. Die Studierenden wollen mit einem Verfassungsartikel die Vergabe von Ausbildungsbeiträgen an den Bund delegieren und so die kantonal unterschiedlichen Stipendienregelungen vereinheitlichen. Die Frist für die nötigen 100'000 Unterschriften endet im Januar 2012.

Zurzeit läuft auch das Beitrittsverfahren zum kantonalen Stipendienkonkordat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), dem bis jetzt drei Kantone beigetreten sind. Das Konkordat will die kantonalen Stipendengesetze harmonisieren, so etwa die

Bestimmungen zum Bezückerkreis, die Alterslimes, die Unterstützungsdauer oder dem Mindestsatz für Vollstipendien. Für Ausbildungen auf der Tertiärstufe soll dieser 16'000 Franken betragen. Das Konkordat gibt zudem Grundsätze für die Berechnung der Stipendien vor.

**Weitergehende Forderungen des VSS**

Den Studierenden gehen diese Ansätze zu wenig weit. Ein Mindestsatz von 16'000 Franken genüge nicht, um die Studien- und Lebenshaltungskosten zu decken. Der Initiativtext verlangt deshalb Ausbildungsbeiträge, die einen «minimalen Lebensstandard» garantieren. Der VSS kritisiert zudem, das Konkordat schränke die Wahl der Ausbildung ein, da die Studierenden

aufgrund der Ausgleichszahlungen zwischen den Kantonen bei einem Kantonswechsel Nachteile zu befürchten hätten. Und schliesslich sei ein Konkordat weniger bindend als ein Verfassungsartikel.

[www.stipendieninitiative.ch](http://www.stipendieninitiative.ch)  
[www.edk.ch/dyn/20073.php](http://www.edk.ch/dyn/20073.php)

**News auf [netzwerk-future.ch](http://netzwerk-future.ch)**

Auf der Website des Netzwerks FUTURE [www.netzwerk-future.ch](http://www.netzwerk-future.ch) finden Sie täglich aktualisierte News zum Thema Forschung, Bildung und Innovation.